

# Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,  
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal

Freitags.

Anzeigen, die viergespaltene

Reihe 20 Pf.

Im Abonnement nach Uebereinkunft.  
Arbeitsvermittlung frei.

Abonnement vierteljährlich

75 Pf. bei jedem Postamt und in

der Expedition.

Postzeitungspreiskarte Nr. 2227.

Redaktion und Expedition:

Berlin O.,

Münchenerstr. 15.

## des Gewerksvereins der Deutschen Tischler (Schreiner)

und verwandten Berufsgenossen

(Hirsch-Duncker).

Nr. 5.

Berlin, den 3. Februar 1899.

X. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an H. Bahlke, Berlin O., Münchener-Strasse 15, Geldsendungen an F. Liebau, Berlin O., Münchener-Strasse 15, zu adressieren.

### Ungleiches Maß!

(Schluß).

„Das Bild wäre indessen unvollständig“, so heißt es im Anschluß an den in voriger Nummer unter obiger Ueberschrift enthaltenen Artikel dann weiter „wenn wir zu erwähnen vergäßen, daß auch Unternehmer wegen Mißbrauchs des Koalitionsrechts zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Allerdings sind uns nur ein paar Fälle bekannt. In München schrieb ein Meister während eines Töpferstreiks einem abtrünnig gewordenen Kollegen einen Brief voll größter Beschimpfungen wegen seiner „Judasthat“, die er nur durch Beitritt zum Arbeitgeberverband wieder gut machen könne; das Schöffengericht sprach ihn frei. In Eisenach dagegen sind Vorsitzender und Schriftführer der Maurer- und Zimmererinnung zu 1 Tag Gefängniß verurtheilt worden, weil sie einen Maurermeister, der die Forderungen seiner Arbeiter bewilligt hatte, mit Kennzeichnung seiner Persönlichkeit und Handlungsweise vor der Oeffentlichkeit bedrohten. Das ist Alles! Daß aber auch auf der Unternehmenseite recht häufig Terrorismus geübt und manch Arbeitswilliger an der Arbeit verhindert wird, dafür geben die Statuten mancher Arbeitgeber- und Fabrikantenverbände den Beweis. Strafen, schwarze Listen, Boykotts und Aussperrungen sind an der Tagesordnung. Wir haben jüngst hier Mittheilungen aus den Sitzungen des Tapetenfabrikantenvereins gemacht, die alle Register der Schreck- und Strafmittel ziehen; Arbeiter, die zwar ordnungsmäßig, aber gemeinsam kündigten, sollen mindestens drei Monate lang bei keinem Verbandsmitglied Arbeit erhalten. In Tuttlingen ist dieser Tage in einer Schuhfabrik eine Arbeiterin wegen Ungehorsams entlassen worden; drei Monate lang bleibt sie nach dem Statut des Vereins bei allen Verbandsmitgliedern ausgesperrt. Nach der Arbeitsordnung der „Allgemeinen Acetylen-Gesellschaft Prometheus“ in Leipzig ist Grund zu sofortiger Entlassung die Mitgliedschaft beim Metallarbeiterverbande und die Anwesenheit in einer seiner Versammlungen. Der Fabrikinspektor für Rhein- und Oberhessen berichtet 1897, daß ein großer Theil der Unternehmer jeden Arbeiter entläßt, von dem sie vermuthen, daß er Mitglied einer Organisation geworden ist. Derartige Härten sind nicht die Regel, aber sie sind leider auch nicht seltene Ausnahmen. Mag sein, daß sie nach dem Gesetz nicht strafbar sind, aber ihre sittlichen, sozialen und materiellen Wirkungen sind unseres Erachtens mindestens ebenso gefährlich als die Ausschreitungen von Streikenden gegen Arbeitswillige.

Es liegt uns sehr fern, wegen des ungleichen Maßes in der Behandlung von Unternehmern und Arbeitern bei Fragen des Arbeitsverhältnisses unseren Richterstand der bewußten Parteilichkeit zu zeihen. Das Uebel liegt im Geist der Zeit! Es entspringt derselben Auffassung, die häufig genug den Streik als einen Akt der „Unbotmäßigkeit“ auffaßt, die es gar nicht begreifen kann, daß Arbeiter ebenso wie Arbeitgeber die Konjunktur zur Verbesserung ihrer Lage benutzen. Ist es nicht bezeichnend, daß der Bund der Baugewerksinnungen, der auf härtere Bestrafung der Koalitionsvergehen hindrängt, gleichzeitig eine Milderung der eventuell die Baumeister bedrohenden Bestimmungen anstrebt, die den durch Fahrlässigkeit bewirkten Tod eines Menschen bestrafen? Wir sehen oft genug, daß offenkundige Regierungsblätter ganz naiv Parteilundgebungen der Unternehmer als ihre eigene

Sache vertreten, aber daß die Polizei- und Verwaltungsbehörden bei einem Ausstand mit ihren Sympathieen oder gar mit ihrer Hilfe auf Seite der Arbeiter ständen, ist uns, abgesehen von der Bewegung der Konfektionsarbeiter im Jahre 1896, nicht bekannt, wohl aber eklatante Fälle vom Gegentheil (v. Buttamer'scher Streikerlaß). Es wäre nur menschlich, wenn auch die Richter von dieser Zeitströmung erfaßt werden. Thatsache ist es jedenfalls, daß seit Jahr und Tag, seit den Kaiserreden in Bielefeld und Deynhausens das ganze scharfe und umfangreiche Rüstzeug des Strafgesetzbuchs gegen Streikverbrecher in Bewegung gesetzt und aller Scharfsinn, alle Deutungskunst der Juristen aufgeboten ist, um die Sünder zu fassen, sofern sie Arbeiter sind, wogegen Frau Themis bei Unternehmern in Sachen des gewerblichen Arbeitsverhältnisses meist nur mit dem Finger droht. Praktisch stellt heutzutage der § 153 der Gewerbeordnung lediglich ein Ausnahme-gesetz gegen Arbeiter dar. Und trotzdem will man seine Bestimmungen noch verschärfen! Freilich wird ja auch zur Beruhigung gemeldet, die Unternehmer wolle man ebenfalls treffen. Aber wer verbürgt, selbst wenn hier Lücken ausgefüllt werden sollten, daß dann auch danach gehandelt wird? Die Rechtsprechung der letzten Jahre gewiß nicht, und dann würde das Maß, mit dem Arbeiter und Unternehmer gemessen werden, noch ungleicher. Eine tiefe Kluft reißt dieses „ungleiche Maß“ in unser Volk, und die große Aufgabe, „den Staat im Volksbewußtsein zu vollenden“, wie Dahlmann sagt, scheint unsern Staatsmännern, Beamten, Richtern, geschweige denn den „oberen Behntausend“ sehr fern zu liegen.

Nein! Nicht nur Strafbestimmungen sind es, die noth thun. Uns ist kein Fall bekannt, wo ein Mißbrauch des Koalitionsrechts — ist dies doch schon ein sehr deutungsfähiger Begriff! — bei Arbeitern unbestraft geblieben wäre. Das Register der Paragraphen des Strafgesetzbuchs, das der Richter zur Verfügung hat und oft mit schlier beängstigender Kunst handhabt, ist sehr groß, und wenn es Lücken hatte, so würde der vielberufene „Grobe Unfug“ auch auf Streikposten, Boykotte und Warnungen vor Zugang angewendet. Nothwendig ist dagegen gleiches Maß und gleiches Gewicht bei allen Urtheilen in Sachen des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Der Arbeiter, der bei einer Vertretung seiner Interessen mit dem Gesetze in Konflikt kommt, soll nicht härter fahren als der Unternehmer, der dieselben Wege wandelt. Und wie das Kapital die volle Koalitionsfreiheit in umfassendster Weise für seine Bestrebungen ausnutzt, so muß auch die Arbeit gleiche Rechte erhalten. Darum fort mit den Schranken, die die Bewegungsfreiheit der Arbeiterberufsvereine in ihrer legitimen Sphäre einengen! Starke Unternehmerorganisationen liegen im Zuge der Zeit, aber starke Arbeiterorganisationen sind die nothwendige Ergänzung. Weiden muß der Staat, die Verwaltung wie die Justiz, mit voller Unparteilichkeit und Unabhängigkeit gegenüberstehen. In England ist dies jetzt unverbrüchlicher Grundsatz, der nach hartem Ringen siegreich durchgedrungen ist. Auch wir müssen denselben Weg gehen. Um uns aber Kämpfe zu ersparen, müssen Arbeiterauschüsse, Gewerbegerichte, Einigungs- und Schiedsämter, Arbeiterkammern in den Dienst des friedlichen Ausgleichs bei Arbeitsstreitigkeiten gestellt werden. Diese Institutionen sind sämmtlich Werke der sozialen Gerechtigkeit. Wenn der Generalsekretär eines mächtigen Unternehmerverbandes im September 1890 ausrief: Niemals werden deutsche Arbeitgeber sich bereit finden, mit

Vertretern von Arbeiterorganisationen auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln, so halten wir ihm das Kaiserwort vom 4. Februar 1890 entgegen: „Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und den Organen meiner Regierung befähigt werden!“

Doch wenn nun die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ meint, daß das vom Verfasser bestrittene Mittel zur Anbahnung des sozialen Friedens „die Gegensätze in unerträglicher Weise zuspitzen und unser Erwerbsleben den größten Gefahren preisgeben würde“, so meinen wir, heißt dies doch: „das Kind mit dem Bade ausschütten“. Gerade durch die Anerkennung der Berufsvereine in gesetzlicher Form würde ein gleichartiges Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber herbeigeführt, wodurch der Sozialdemokratie kein „positiver Nutzen von einer solchen staatlichen Organisation der Arbeiterbataillone“, wie dies die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ behauptet, haben würde.

### Zur nächsten Generalversammlung.

Welches sind die Aufgaben der nächsten Generalversammlung? Diese Frage wird gewiß recht eifrig in den Ortsvereinsversammlungen besprochen werden und dann, wie schon oft, wird der Ruf kommen: Es muß noch mehr geleistet werden! Warum sollte nun zu dieser Generalversammlung der Ruf nicht erst recht erfolgen! Hatte doch zur letzten Generalversammlung der Generalrat, ohne Beitragserhöhung, so viel herrliche Anträge zur Erweiterung der Unterstützungen gestellt, die auch alle glatt angenommen wurden; nur die Berliner Ortsvereine hatten neben Erweiterung dieser Unterstützungen zugleich auch Erhöhung der Beiträge beantragt, die jedoch abgelehnt wurde. Warum auch nicht, wenn es von erster Stelle nicht gefordert wird. Vergessen wir aber nicht, daß durch außerordentliche Ausdehnung der Unterstützungen auch zugleich, wenn auch indirekt, die Beitragserhöhung anerkannt werden muß, wovon freilich verschiedene Abgeordnete nichts wissen wollten. Es ist aber ein dringendes Bedürfnis, uns stets auf gewappnetem Fuße zu halten, um den zeitigen Bedürfnissen des arbeitenden Volkes, unseren Mitgliedern, gerecht werden zu können. Prüfet und vergleichen unsere Jahresabschlüsse, so werden wir die Notwendigkeit der Beitragserhöhung von 10 auf 15 Pf. wohl bald herausfinden. Wenn trotzdem dennoch gesagt werden wird, daß eine Beitragserhöhung nicht erforderlich sei, da ja noch massenhaft Geld vorhanden ist, so muß andererseits aber doch zugestanden werden, daß, um sich gegen die sich anscheinend immer mehr vergrößernde Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Notfällen zu schützen, es für eine geschlossene Organisation erforderlich ist, für Geld und abermals Geld gesorgt zu haben. Vergessen wir doch auch nicht, daß im Verbands der Deutschen Gewerksvereine der Gewerksverein der Deutschen Tischler zc. für den so geringen Beitrag von 10 Pf. pro Woche seinen Mitgliedern die weitgehendsten Beihilfen gewährt. Ein weiterer Ausbau der Arbeitslosigkeit-Unterstützung von Mk. 6,— auf Mk. 7,50 pro Woche, besonders aber unser Organ „Die Echo“ in vergrößerter und reichhaltigerer Form erscheinen zu sehen, dürfte unseren Mitgliedern doch auch erwünscht sein. Genossen, prüfet und besprecht diese drei so notwendigen Forderungen recht eingehend, denn diese drei Punkte werden auf der Generalversammlung wohl die Cardinalfrage bilden, denn ohne Annahme des ersten Punktes kann durchaus kein Mehr, sondern es muß dann eher eine Verminderung eintreten. Mögen diese Zeilen eine Veranlassung zu weiterem Meinungsaustausch durch unser Organ geben. F. M.

### Der Trades-Federation-Congress in Manchester.

In den Tagen vom 24. zum 27. Januar vollzog sich in Manchester die Gründung eines Verbandes der englischen Trades Unions (Gewerksvereine), welcher seit langer Zeit das Sehnen aller Unionisten, immer wieder scheitern zu sollen schien, weil die Zahl der Trade Unionisten so groß, ihre verschiedenen Anforderungen an einen gemeinsamen Verband zu weit auseinandergehend, die Ansichten über den Nutzen des Verbandes und über die aus ihm notwendigerweise erwachsenden Kosten zu unklar waren. Die Gewerksvereine sind eine Einrichtung, welche die Notwendigkeit gebär. Ihr Erscheinen und Erstarken gab dem ganzen Arbeiterstande eine weit höhere Stellung, als ihm bisher erreichbar erschienen war. Die Sklaverei, die vor nicht mehr als hundert Jahren in den schottischen Bergwerken erst ausstarb, hatte zwar dem Namen nach aufgehört, aber alle die Mittel, welche den Arbeiter wirklich frei machen konnten von dem Kapitalisten, alle Gelegenheit für den Arbeiter, sich neben statt unter den Unternehmer zu stellen, schienen zu fehlen, und wenig unterschied sich die durch die Fesseln des Hungers auferlegte Sklaverei von der, welche einst die Fesseln eines grausamen mittelalterlichen Rechtes der arbeitenden Bevölkerung auferlegt hatten. Die Trades Unions brachten die Lösung der scheinbar unlösbaren Aufgabe, indem sie die einzelnen Wehrlosen zu einer kompakten, für den Unternehmer nicht ohne Mühe zu beugenden Macht konzentrierten. Natürlich ging es nicht ohne Kampf ab, bis der Unternehmer sich an den Gedanken gewöhnt hatte, daß der Arbeiter nicht mehr zur freien Verfügung des Kapitals stand, sondern sein Selbstbestimmungsrecht geltend machte. Doch bald einigten sich einige Unternehmer zu gemeinsamem Vorgehen gegen die ihnen heute noch hier und da unbequemen Unions und diese erkannten, daß auf dem einmal betretenen Wege der Koalition fortgeschritten werden mußte, wenn der Unternehmer seinerseits denselben Weg betrat. Die sogenannten „Amalgamated societies“, das heißt „vereinigte Gesellschaften“, der ihrem Beruf nach verwandten Unions, traten in's Leben, und wieder war die ruhige Weiterentwicklung des Arbeiterstandes gesichert, denn diese Verbände zeigten sich

den etwaigen Angriffsgelüsten einzelner Unternehmer nicht nur, sondern auch den Angriffen der Unternehmer eines ganzen Distriktes gewachsen. Da enthielt die Maschinenbauerkampfs des Jahres 1897 ein neues Bild. Nicht nur die Unternehmer eines Distriktes, sondern die des ganzen Landes, soweit sie dem Maschinenbau angehörten, einigten sich zu einem bisher unerhörten und für unmöglich gehaltenen Angriff auf eine der mächtigsten der „Amalgamated societies“. Nach langem Ringen standen sich beide Gegner zwar unbesiegt, aber schwer verletzt, gegenüber, beide fühlend, daß sie für die Zukunft weiterer Verstärkung bedürfen würden. Die alte Lehre, daß die Kraft nur durch erweiterte Koalition gebracht werden könnte, war einleuchtend, es geschah aber das Unglaubliche, daß diesmal die Arbeiterschaft sich die Unternehmer zuvorkommen ließ, daß ein Verband aller Unternehmer zu Stande kam, ehe ein ebensolcher der Arbeiter noch wahrscheinlich erschien. Fast schien es sogar, als wollten auch jetzt noch die Unions die Notwendigkeit eines Verbandes nicht erkennen, doch hat der Kongress in Manchester zum Glück den Beweis geliefert, daß diese Annahme glücklicherweise eine irrige war. Die Vereinigung, wenn auch nicht aller, so doch der überwiegenden Mehrzahl der Unions ist heute nicht mehr zu bezweifeln, sie ist auf dem Kongress mit gewaltiger Majorität beschlossen und zugleich auch die Statuten festgestellt worden. Jetzt handelt es sich nur noch um die Wahl der Generalratsmitglieder und dann wird, spätestens im Juli dieses Jahres, der Generalrat zusammentreten, um den Verwaltungsrath zu wählen und die ersten Beratungen zu pflegen. — Gewiß war die Gründung keine einfache. Sie vollzog sich nicht ohne Widerstand von einer oder der anderen Seite, sie wird aber deshalb höchstens widerstandsfähiger sein, als wenn dieser Widerstand nachträglich sich bemerkbar gemacht hätte, denn so sind die Fragen, welche späterhin störend hätten können, gleich zu Anfang aus der Welt geschafft. Schwierigkeiten wurden vor allen Dingen von größeren Unions erhoben, welche sich stark genug glauben, allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Zu diesen Unions gehören die „Miners Federation“, welche allerdings einen ganz gewaltigen Umfang hat und besonders dadurch sich einer ziemlichen Unverletzlichkeit erfreut, daß sie einen sehr hohen Prozentsatz der Bergleute in sich vereinigt, also ein Angriff für den Angreifer mit größter Schädigung des eigenen Geschäftes verbunden sein würde. Ferner gehören dazu die Kesselschmiede, welche ebenfalls ziemlich stark sind, aber doch aus dem Verhalten der vereinigten Unternehmer gegen ihren Verband etwas mehr über die Notwendigkeit eines Verbandes aufgeklärt waren. Endlich hatten sich die Weber, welche sich ebenfalls einer starken, aber ständlich gefährdeten Organisation erfreuen, zwar nicht gegen den Verband, aber doch gegen einige Bestimmungen dieses Verbandes erklärt. Alle diese Verbände beschränkten, nebenbei bemerkt, offenbar, daß in Zukunft kleinere Vereine, welche neu entstehen, sich nicht mehr ihnen, sondern sofort dem Verbands der Unions anschließen würden, eine Befürchtung, welche, selbst wenn sie zutreffen sollte, keineswegs die bestehenden Vereine schädigen kann, denn der Zweck der Vereine ist doch nur die Hebung des Arbeiterstandes durch die Organisation, und wenn diese Hebung durch die allgemeine Union erreicht wird, so müßte es ihnen im Grunde genommen gleichgültig sein, ob sich die neuen Vereine erst ihnen, und dadurch dem allgemeinen Verbands, oder diesem sofort unterstellen. — Merkwürdiger Weise wurde der Antrag, daß die Vereine sich erst verwandten Vereinen anschließen müßten, ehe von einem Verbands die Rede sein könnte, von einem verhältnismäßig schwachen Vereine, vom „Allgemeinen Verband der Zimmerleute und Tischler“, der etwas über sechstausend Mitglieder zählt, gestellt. Dieser Verein ist eigentlich in sich selbst ein Widerspruch gegen die von ihm empfohlene Vereinigung der verwandten Gewerke, da er sich trotz dieser Gesinnung bisher seinem großen Brudervereine, den „Vereinigten Zimmerleuten und Tischlern“ noch nicht angeschlossen hat. — Dieser letzterwähnte große Verband trat übrigens in Manchester, zugleich mit dem gewaltigen Verein der Maschinenbauer, energisch für den allgemeinen Verband, wie ihn das Verbandsprogramm in Vorschlag brachte, ein, und dem überzeugenden Eintreten dieser beiden Vereine ist es zum großen Theil mit zu verdanken, daß die Union der Zimmerleute und Tischler, und die Union der Kesselschmiede ihren Widerstand aufgaben und sich ebenfalls für den allgemeinen Verband erklärten, nachdem dieser durch eine Majorität von 756 000 gegen 204 000 Stimmen zum Beschluß erhoben worden war. Es war ein erhebendes Moment, als diese Zahlen von dem Präsidenten des Kongresses, der zugleich Präsident des parlamentarischen Komitees ist, bekannt gegeben wurden. Der Jubel, welcher der Gewißheit über das Zustandekommen des Verbandes folgte, war unbeschreiblich und in der That gerechtfertigt.

(Fortsetzung folgt.)

### Aus den Ortsvereinen.

**Sandsberg a. W.** Ein altes Sprüchwort sagt „die Rabe läßt das Mausen nicht“, welches in freierer Form, auf die „Holzarbeiterzeitung“ angewandt, sich auch dahin auslegen läßt, dieselbe läßt das Verdächtige, bezw. Verläumdene nicht. Bringt dieselbe doch wider in ihrer Nr. 4 vom 22. Januar d. J. folgenden Erguß: „Bei der Firma Bendig und Söhne in Sandsberg a. W. haben die Drechsler bis auf zwei (Hirsch-Dunder'sche) am 31. Dezember die Arbeit niedergelegt und sind sämmtlich abgereist. (Die Hirsch-Dunder'schen fürchteten wohl, bei dem fetten Regenwetter naß zu werden, oder ist kein Geld mehr in der Kasse? Die Red.)“ Doch wie liegt denn nun das Verhältnis in obengenannter Fabrik? — Der Streik ist wieder mal so recht unbesonnener Weise vom Baune gebrochen. Denn wengleich Mitglied M. Koske, der am 9. Januar abreiste, jagte, daß auf manche Stücke Abzüge stattgefunden, so meinte derselbe, daß er doch noch M. 25.— pro Woche verdiene; außerdem habe sich ein gewisser

Richter (Mitgl. d. Holz.-A.-B.) gebrüht, daß er trotz des Abzuges doch noch Mt. 30.— verdiene; ja Kollegen, die schon in der Kündigung standen, haben sogar in der vorausgehenden Woche noch Mt. 48.— ausgezahlt erhalten. Anstatt nun aber wegen der Abzüge beim Chef vorstellig zu werden, kündigten die Drechsler, auch die, welche nicht Lust hierzu verspürten und inserierten diesen Vorgang auch in hiesiger Zeitung, so daß nunmehr die Firma diejenigen, die alsbald die Arbeit wieder aufnehmen wollten, zurückgewiesen wurden! — Von Gewerkevereinigern ist nur ein Kollege, nicht zwei, in Arbeit geblieben, außerdem haben aber trotz verhängter Sperre, wieder fünf Drechsler von außerhalb (jedoch keine Gewerkevereiner) Arbeit genommen; ja zwei von jenen Abgereisten, sind bereits vor 14 Tagen wieder zurückgekommen, und haben schriftlich bei der Firma um „Schön Wetter“ gebeten, um doch wieder eingestellt zu werden, was denselben jedoch abgelehnt wurde. Der oben schon erwähnte Herr Koske, dem in der Ortsversammlung vom 21. Januar sein Verhalten etwas „klarer“ gemacht wurde (derselbe ist seit November 1898 eingetr.), berichtete, daß sie nach Siegburg (Rheinpr.) gefahren wären, daselbst wohl Arbeit gefunden hätten, die Preise jedoch noch bedeutend schlechtere wären als hier, so daß sie gezwungen waren wieder aufzuhören. Drei Mitglieder des H.-A.-B. reisten nach Köln, um von dortiger Zahlstelle möglichst in Arbeit gebracht zu werden. Da aber solche nicht vorhanden erhielten sie je Mt. 2.75 zu ihrer Weiterreise, welche wenigen Mittel aber Jenen nicht genügten, so daß diese ihre Mitgliedschaft im H.-A.-B. aufgaben, indem sie zugleich ihre Bücher vernichteten. Nach Mittheilung dieser Verhältnisse ist es klar, daß jene „verehrliche“ Redaktion nun wieder einmal hat im Trüben fischen wollen, wobei sich nun zum so und so vielen Male wieder ergeben, daß wenn man im Glashaufe sitzt, nicht mit Steinen werfen soll, sondern lieber etwas mehr Geld in dem Beutel thun, um den statutarisch berechtigten Anforderungen seiner Mitglieder genügen zu können. F. Br.—e.

**Berlin (Nord).** Das von der Versammlung unseres Ortsvereins der Tischler s. St. beschlossene und verhandelte Anschreiben, die Extrabeiträge der englischen Maschinenbauer betreffend, ist von 59 Ortsvereinen mit 820 zustimmenden und 254 ablehnenden Stimmen beantwortet worden. Da somit die statutarische Mitgliederzahl (§ 34 d. Stat.) nicht erreicht wurde, ist die Angelegenheit der diesjährigen Generalversammlung zur Regelung überlassen! Der Ausschuß.

**Bredow.** Auch der Ausschuß unseres Ortsvereins der Tischler sieht sich im Hinblick der bevorstehenden Wahl von Abgeordneten veranlaßt, um bei der diesjährigen 10. ordentlichen Generalversammlung unseres Gewerkevereins gemeinsam die Veränderungen und Verbesserungen für unsere Mitglieder, sowie für die Vergrößerung des Gewerkevereins zu beraten, einige Worte an die Mitglieder unseres Ortsvereins durch unser Organ „die Eiche“ zu richten. Wie diejenigen Mitglieder, welche die letzte Versammlung besucht haben, bereits wissen, wurde nach verschiedenen Erläuterungen seitens unseres Vorsitzenden über unsere Zuschuß-Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse, sowie unserer besonderen Begräbniskasse (auch für Frauen und Töchter) und sonstigen Gewerkevereins-Einrichtungen, auch das Anschreiben vom Generalrath, die Wahl von Abgeordneten zur diesjährigen Generalversammlung betreffend, zur Kenntniß gebracht. Auch wurde in der Besprechung von Vorschlägen zu Abgeordneten auf Grund eines Schreibens vom Kollegen Scheerbarth eingegangen, und wurde von demselben unser bekannter Kollege und Vorsitzende Gen. Meyer vorgeschlagen. Hierauf gelangte ein Schreiben vom Ortsverein Stettin zur Verlesung, in welchem von dem Ausschuß Gen. Mittelstädt vorgeschlagen wurde und hofften, daß auch wir event. für ihn stimmen würden. Für den ohne vorherige Berathung mit dem Ortsverein Bredow gemachten Vorschlag war keine Stimmung, sondern erklärte sich die Versammlung nach längerer Diskussion mit dem Vorschlag des Kollegen Scheerbarth einverstanden und wurde Kollege Meyer auf Antrag des Kollegen Ott von der Versammlung einstimmig als Kandidat zur Abgeordnetenwahl aufgestellt. Zu gleicher Zeit theilen wir aber auch unseren Mitgliedern mit, daß auch Ortsverein Landsberg a. W., welcher auch zu unserem Wahlkreis gehört, einen Kandidaten aufgestellt hat, jedoch können wir jetzt nicht mehr mit unserem Vorschlag zurücktreten. Wir ersuchen daher in erster Reihe die Mitglieder unseres Vereins, welche doch gewillt sind, unseren Verein auch mal vertreten zu sehen, (11 d. Neb.) vollzählig in der am Sonnabend, 11. Februar stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung: Die Wahl des Abgeordneten zur Generalversammlung. — Im Interesse eines jeden Mitgliedes liegt es, wenn dieselben zu unserem am 18. Februar stattfindenden Maskenball vollzählig erscheinen, um einer guten Einnahme sicher zu sein, da der etwaige Reinertrag besonderer Beschlußfassung vorbehalten. J. A.: O. Pötter, Sekretär.

**Kaiserlautern.** Das Eingefandte des Ortsrevisors W. Becker von Saarbrücken im Auftrage mehrerer Saarbrücker Kollegen in Nr. 4 der „Eiche“ bedarf denn doch der Richtigstellung, so daß wir Nachstehendes erwidern: Des guten Rathes, den uns die Saarbrücker Kollegen zukommen lassen, „nur immer bei der Wahrheit zu bleiben“, bedürfen wir nicht, da wir dessen von jeher gewöhnt. Im Weiteren kann uns doch kein Vorwurf gemacht werden, wenn wir einen Genossen von uns als Kandidaten aufstellen, da Gen. Kesternich es wahrscheinlich nicht verstanden hat, sich das Vertrauen der Kaiserlauterner Genossen zu erwerben. Wenn wir auch noch „junge“ Gewerkevereiner sind, so haben wir doch schon allein laufen gelernt, wofür wir Genossen Kesternich dankbar sind, indem er unser Bekehrermeister war. Den ferner den Saarbrücker Kollegen ertheilten guten Rath, „nur solche Genossen als Kandidaten aufzustellen, welche voll und ganz mit unserer Organisation vertraut sind“, glaubten wir dadurch zu rechtfertigen, als wir an Genossen Schnabel den richtigen Mann gefunden zu haben glauben,

der die Interessen aller Gewerkevereinsmitglieder genügend vertreten wird. Doch auf das, was ferner zwischen den Zeilen verstanden werden soll, wollen wir nicht weiter eingehen, sondern erachten die Sache hiermit für erledigt. Der Ortsverein der Tischler Kaiserlautern.

**Rigdorf.** Die erste Mitgliederversammlung im neuen Jahre wurde im Vereinslokal, Herrmannstraße 199 bei Kramer am 14. Januar abgehalten und erfreute sich eines starken Besuches. Der Vorsitzende, Genosse Weidemann, begrüßte die Erschienenen mit dem Wunsche im neuen Jahre, unsere Agitation für die Gewerkevereine nicht erlahmen zu lassen, sondern überall zu werben und das Banner der Organisation immer weiter zu tragen, da nur durch eine Erstarkung der deutschen Gewerkevereine eine bessere Zeit für die deutschen Arbeiter eintreten kann. Die Genossen müssen überall, sei es im Familienkreise, in der Werkstatt oder bei sonstigem Zusammentreffen mit den Kollegen die Gewerkevereinsidee verbreiten und der Vereinigung neue Mitglieder zuführen, und nicht, wie es leider öfter vorkommt, ihre Mitgliedschaft zu den deutschen Gewerkevereinen verschweigen. Um aber auch den Segnern die Ziele und Bestrebungen der Gewerkevereine klar legen zu können, ist es notwendig, daß jeder Genosse sein Statut genau kennt, die Versammlungen regelmäßig besucht und nicht erst dann das Statut zur Hand nimmt, wenn derselbe einer Unterstützung bedarf. Will man für sich, für seine Nachkommen oder die Allgemeinheit etwas erreichen, so muß ein Jeder mithelfen und nicht Andere für sich sorgen lassen. Darum Glück zum neuen Jahr. Mit dem Ruf: „Einer für Alle, Alle für Einen“ wollen wir das neue Jahr beginnen. In der hierauf folgenden Tagesordnung wurde unter „Verschiedenem“ die Zusammenstellung der einzelnen Wahlkreise zur nächsten Generalversammlung besprochen. Genosse Rüttner ist der Meinung, daß durch eine derartige Zusammenstellung (11 d. Neb.) der Ortsvereine ein kleinerer Verein einen Vertreter aus seiner Mitte durchzubringen nicht in der Lage sei, wie es auch dem Ortsverein Rigdorf ergehe, da derselbe mit 62 Mitgliedern dem ersten Ortsverein — Berlin —, welcher 195 Mitglieder zählt, untergeordnet ist. Es ist doch nicht ausgeschlossen, daß auch ein kleiner Verein mit Kräften besetzt ist, welche sehr wohl in der Lage sind, voll und ganz für die Interessen der Genossen einzutreten, um das Annehmbarere von dem Unannehmbaren zu unterscheiden und doch die Interessen der Gesamtheit wahren zu können. Würden Vereine mit ziemlich gleicher Mitgliederzahl zusammengelagert (s. Stat. d. Neb.), so wäre auch ein viel größeres Interesse für die Wahl bei den Mitgliedern vorhanden, doch bei einer solchen Zusammenfassung müssen wir doch unterlegen. Trotzdem (11 d. Neb.) empfehle er die Aufstellung eines eigenen Kandidaten, mag es auch nur eine Zahlkandidatur sein. Rothwendig sei es aber auf jeden Fall, unter den Genossen so zu agitieren, daß am Tage der Wahl auch nicht ein Mann fehlt. An der folgenden Diskussion theilnahmen sich die Genossen Dietrich, Weidemann, Sakner, Rley u. A., welche sich in gleichem Sinne aussprachen. Es wird beschlossen, die Aufstellung des Kandidaten in der Versammlung am 28. Januar vorzunehmen. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die Abnahme von Billets zu dem am Sonnabend, 25. Februar cr. in Hoffmann's Feßsälen (Inhaber Bauhner), Bergstraße 151/152 stattfindenden Maskenball mit großer Gratisverlosung (jede Maske erhält ein Gratisloos) sowie sonstigen Ueberraschungen bei den Genossen F. Weidemann, Kopffstraße 43 und E. Sakner, Bendastraße 22 stattfinden kann. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Weidemann, um möglichst zahlreichen Besuch der nächsten Versammlung ersucht, schließt er dieselbe um 11 1/2 Uhr Nachts. — In der am 28. Januar stattgehabten Versammlung wurde nach eingehender Debatte Genosse Oswald Rüttner als Kandidat für den ersten Wahlkreis aufgestellt. Im Weiteren wurde der Beschluß gefaßt, die ordentliche Wahl am Sonnabend, 11. Februar cr. vorzunehmen und die Genossen nochmals ersucht, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen. F. Rley, Sekretär.

## 179. Bureaufitzung.

Verhandelt Berlin, den 30. Januar 1899. Vormittag 10 1/4 Uhr.

1. Langendick. Zu der Rechtschuttsache des Mitgliedes Gläser wird mit dem hiesigen Rechtsanwält Rüdtsprache genommen werden und Antwort erfolgen.
2. Nowawes. In der Rechtschuttsache des Mitgliedes Zweig sind die gesammten Rechtsanwaltsgebühren zu bezahlen. — Es ist Pflicht der Verwaltung, der dort zuständigen Aufsichtsbehörde die Veränderungen in der Verwaltung laut § 21 des Statuts vorschriftsmäßig zu melden; der Kassenvorstand hat nur die Meldepflicht bei Errichtung einer neuen Verwaltungsstelle.
3. Die Klage des früheren Kassemitgliedes Th. Dickow wird dem Rechtsanwält überwiesen.
4. Nürnberg (Bederer). Der Antrag des Mitgliedes Hoffmann aus Verwaltungsstelle Nürnberg II wird dem Vorstande überwiesen, und monirt, daß dieser Antrag nicht durch die zuständige Verwaltung Nürnberg II eingefandt worden.
5. Berlin (Erster). Das eingeschickte Hilfsfondgesuch des Mitgliedes Kühnel wird dem Generalrath überwiesen.
6. Allenstein. Von einem seitens des Verbandsbureaus zugeschickten Schreiben aus Allenstein, betreffend die Angelegenheit des Mitgliedes Wiele, wird Kenntniß genommen.
7. Zabrze (Kopiek). Das Schreiben betreffend Ordnungsstrafe u. s. w. wird brieflich beantwortet werden.
8. Leipzig (Guth). Von der Zuschrift ist dankend Kenntniß genommen, der Sache selbst wird brieflich näher getreten werden; Krankengeld ist dem Mitgliede Flor für die im Januar d. J. überstandene Krankheit nicht zu

